

Dr. Asiem El Difraoui: Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Finanzierung des politischen Islamismus in Deutschland offenlegen und unterbinden“ Drucksache 20/1012

Ich habe die Ausbreitung des politischen Islams über Jahrzehnte in Deutschland, Frankreich und in der arabischen Welt beobachten können und mit Dutzenden von Akteuren dieser Strömungen gesprochen. Ich teile die Auffassung, dass politischer Islam langfristige gesellschaftliche Gefahren birgt, weil er den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden kann.

Die Forderungen der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit den latenten Gefahren lassen jedoch wichtige Probleme in Bezug auf den Islam und die Muslime außer Acht und können zum Teil auch als stigmatisierend aufgefasst werden. Zudem vernachlässigen sie die beunruhigenden Wechselwirkungen zwischen islamistischem Extremismus und Rechtsextremismus. Ein Expertenkreis, der lediglich auf politischen Islam blickt, ist zu eingegrenzt.

Wir müssen zur Extremismus-Bekämpfung und Prävention wesentlich großflächigere Ansätze finden und entscheidende gesellschaftliche Problematiken angehen, die lange vernachlässigt wurden. Nur so können auf einem schwierigen Weg nachhaltige Lösungen in Sachen politischer Islam, aber vor allem auch generell für den deutschen Islam gefunden werden.

- 1. Moscheegemeinden und Vereine sollten aus deutschen Mitteln finanziert werden. Dafür braucht es eine Institution, die deutsche Muslime, die dies wünschen, repräsentiert und als Körperschaft des öffentlichen Rechtes anerkannt wird.**
- 2. Ebenfalls notwendig ist die Schaffung einer vom Bund getragenen, koordinierenden Institution zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Bekämpfung aller Ausprägungen des Extremismus, etwa in Form einer Stiftung, einer Bundesbehörde oder eines Staatssekretariats. Alle Extremismen müssen dabei gleichzeitig bekämpft werden, denn sie befruchten sich gegenseitig.**
- 3. Die Bundesrepublik muss proaktiv international ihre Verantwortung übernehmen. Alle Formen des Islamismus entwickeln sich in einem Wechselspiel mit der islamischen Welt.**

Tatsächlich ist die Finanzierung des politischen Islamismus aus dem Ausland problematisch und hier ist die genannte Liste von Sponsoren noch nicht lang genug. Nicht nur Katar, der Iran und die Türkei, sondern auch Saudi-Arabien, Tunesien oder Marokko wollen ihre nationalen Interessen durch die Finanzierung und Verbreitung ihrer Islaminterpretation in Deutschland und Europa verfolgen. Diese problematischen Finanzflüsse sollten so weit wie möglich unterbunden werden.

Aber die Vorschläge zu mehr Überwachung, zu mehr Kontrolle, betreffen nur einen Teilaspekt der Problematik und sind potentiell stigmatisierend. Einige Muslime könnten sich erneut ausgegrenzt fühlen und sich gerade deshalb zum politischen Islam hinwenden. Es ist betrüblich, dass der Eindruck entstehen kann, dass der hier diskutierte CDU-Antrag, aber auch hier angehörte Experten, Muslima und Muslime unter Generalverdacht stellen. Gerade Generalverdächtigungen und empfundene Ausgrenzungen sind wichtige Triebfedern bei Radikalisierungsprozessen und bei der Hinwendung zum politischen Islam. Mehrfach wird in dem Antrag Frankreich zitiert. Gerade die dortige Erfahrung zeigt jedoch, wie Ausgrenzung und Stigmatisierung zu Radikalisierung geführt haben: zahlreiche von Frankreichs IS-Anhängern waren Kinder der Republik, die nach Ausgrenzungserfahrungen letztendlich zu Mördern wurden.

Die Kontrolle von Finanzflüssen und mehr Transparenz werden erst dann wirklich möglich, wenn die Moscheegemeinden und muslimische Vereine in Deutschland vorwiegend vom deutschen Staat finanziert werden und hierfür ein entsprechendes Regelwerk geschaffen wird. Dies verlangt längst überfällige öffentliche Debatten und darauf folgende Initiativen zur Organisation und dem Status der muslimischen Religionsgemeinschaft in Deutschland.

Es geht darum, die Moscheegemeinden in einer Instanz zusammenzubringen, und als Körperschaft des öffentlichen Rechts, KdöR, anzuerkennen. Dieser Körperschaftsstatus bietet den christlichen Großkirchen, der jüdischen Gemeinde und einigen kleineren Religionsgemeinschaften – seit 2013 auch der Ahmadiyya-Gemeinschaft – zahlreiche Privilegien, beinhaltet aber auch Pflichten.

Versuche hierzu gab es etwa mit dem 1986 entstandenen Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland und dem 1994 gegründeten Zentralrat der Muslime in Deutschland, zwei bundesweite Dachverbände und der 2007 gegründete Koordinationsrat der Muslime – eine Arbeitsplattform der vier größten islamischen Organisationen in Deutschland. All diese Versuche sind gescheitert.

Die vermutlich wichtigste Initiative zur Organisation des deutschen Islams war die Schaffung der Deutschen Islamkonferenz 2006 durch Wolfgang Schäuble. Die

Islamkonferenz als bedeutendes Dialogforum zwischen dem deutschen Staat und den deutschen Muslima und Muslimen muss eine neue Dynamik bekommen. Sie sollte denjenigen deutschen Muslima und Muslimen helfen, als Körperschaft anerkannt zu werden, wenn diese es wünschen. Sie könnten somit eine Art Kirchen- oder Moschee-Steuer entrichten. Damit wäre ein Teil der Finanzierungsproblematik gelöst.

Die Schaffung einer Körperschaft würde auch generell die Moscheegemeinschaften und die muslimischen Vereine in die Pflicht nehmen. Finanzierungen aus öffentlicher Hand sollten an klare Bedingungen geknüpft werden. Hier etwa existieren in Frankreich Initiativen, von denen wir lernen könnten. So wurde im Januar 2021 vom Französischen Rat des muslimischen Kultes (CFCM) auf Anstoß vom Präsidenten Macron eine Charta geschaffen, in deren zehn Artikeln festgeschrieben wird, was ein französischer, ein aufgeklärter Islam, ein „Islam des Lichtes“ ist. Hier geht es um weit mehr als nur um Verfassungstreue, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Nichtdiskriminierung von anderen Gruppen, die Ablehnung von Homophobie, oder darum, gegen die politische Instrumentalisierung des Islams und von Muslimen anzukämpfen. Es geht darum, die individuelle Freiheit und das rationale Denken zu fördern. Moscheegemeinden oder Vereine, die gegen die Charta verstoßen, werden von dem Dachverband ausgeschlossen, sie erhalten keine Finanzierung mehr und können strafrechtlich verfolgt und geschlossen werden. Eine solche von oben verordnete Charta wäre in dieser Form in Deutschland nicht möglich, doch ein ausgehandelter Vertrag zwischen dem Staat und den Moscheegemeinden bzw. der zu schaffenden Körperschaft könnte wichtige Belange der Muslima und Muslime, der Finanzierung und gleichzeitig der Extremismusprävention regeln.

Auch die Schaffung einer vom Bund getragenen, koordinierenden Institution zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Bekämpfung aller Ausprägungen des Extremismus, etwa in Form einer Stiftung, einer Bundesbehörde oder eines Staatssekretariats, ist notwendig. Sie kann unverzichtbare Synergien schaffen und die Expertise der Vielzahl von Akteuren in Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenführen.

Dies ist umso wichtiger, als dass Deutschland immer nur auf aktuelle Gefahren reagierte, aber nie eine wirklich langfristige Strategie verfolgte. In den 1990er Jahren lag der Fokus eindeutig auf dem Rechtsextremismus. Auch als nach dem Bosnienkrieg der erste dschihadistische Brückenkopf entstand, war islamistischer Extremismus noch lange kein Thema. Dies änderte sich erst nach den auf deutschem Boden vorbereiteten Anschlägen vom 11. September 2001. Mit Hochdruck wurde nach qualifizierten Menschen gesucht, um die Szene zu beobachten, zu analysieren, aber auch Präventionsarbeit zu leisten. Bei der

Prävention konnte auf Erfahrungen mit dem Rechtsextremismus zurückgegriffen werden. Dieser wurde jedoch im selben Moment vernachlässigt. Auch der Dschihadismus wurde trotz einiger Anstrengungen unterschätzt. Dies wird durch die Abwanderung junger Deutscher zum sogenannten IS sowie durch den Anschlag am Breitscheidplatz deutlich. Trotz der Warnung zahlreicher Experten wurde gleichzeitig der Rechtsextremismus weiter vernachlässigt. Dies änderte sich erst nach den Attentaten in Halle 2019 und Hanau 2020. Deswegen wurden erneut Ressourcen für die Bekämpfung des islamistischen Extremismus reduziert. Beide müssen jedoch gleichzeitig bekämpft werden, da beide Strömungen sich gegenseitig bestärken. Islamfeindlichkeit nährt verschiedene Formen des Islamismus, ebenso nährt jede extremistisch-islamistische Provokation oder Gewalttat den Rechtsextremismus. Es existiert eine Form der Interessenkoalition. Die beiden Extremismen haben ähnliche Rekrutierungsmethoden, nutzen ähnliche Nährböden und teilen etwa den Glauben an globale Verschwörungstheorien und einen ausgeprägten Antisemitismus. Heute koordiniert das BAMF die Prävention in Sachen Islamismus. Dies setzt eine falsche Symbolik, es entsteht der Eindruck, dass vor allem Migranten gefährdet sind, es handelt sich aber zumeist um deutsche Staatsbürger.

Natürlich existieren Dutzende von effektiven Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene zur Bekämpfung und Prävention des islamischen Extremismus. Sehr viele beklagen einen Mangel an abgestimmter bundesweiter Koordination. Hier sollte die Bundesregierung abhelfen und die notwendige Institution geschaffen. Dafür müssen alle Parteien, die die freiheitliche demokratische Grundordnung teilen, einen Konsens bilden. Im Übrigen bemängeln selbst Fachspezialisten der Bundesministerien, dass der so wichtige Transfer von Expertise aus dem Bereich des rechts- und des islamistischen Extremismus kaum stattfindet. Selbstverständlich dürfen andere bedrohliche Formen des Extremismus, wie zum Beispiel der nationalistisch türkische Extremismus der Grauen Wölfe, nicht vernachlässigt werden.

Weitere Forschung sollte bundesweit gefördert und Lehrstühle eingerichtet werden. Sie sollten sich jedoch keinesfalls auf den politischen Islam beschränken, sondern vor allem Extremismusprävention und Integration sowie arabisch-islamische Kulturgeschichte als auch unser gemeinsames kulturelles Erbe erforschen und vermitteln.

Auch in Deutschland sind alle Formen des legalistischen oder des extremistischen Islamismus nicht aus einem Vakuum heraus entstanden, sondern in einem Wechselspiel mit der arabisch-islamischen Welt, den dortigen Verhältnissen und der Geopolitik. Dieses Wechselspiel gilt es ebenfalls zu erforschen. Deutschland muss seine internationale Verantwortung bei der Extremismusprävention und -bekämpfung wahrnehmen, etwa im dschihadistischen Brandherd der Sahelregion. Deutschland muss auch in der

Außenwahrnehmung ein Beispiel in Sachen Rechtsstaatlichkeit sein, gerade um Islamisten aller Schattierungen den Wind aus den Segeln zu nehmen – etwa durch die Rückführung aller Deutschen aus dem Irak und Syrien.

Eine kurze Bemerkung zur Finanzierung des politischen Islams durch Katar, welche in der Vorlage am Beispiel Frankreichs erwähnt wird: wir möchten mit Katar Gasdeals machen und dort an der Fußballweltmeisterschaft teilnehmen – denken aber nicht darüber nach, wie Katars Reichtum für einen deutschen aufgeklärten Islam genutzt werden könnte – einen „Euro-Islam des Lichtes“, um den französischen Präsidenten zu zitieren. Möglich wäre das durch genau regulierte Geldflüsse an eine vom Bund getragene Institution.

Die hier wiedergegebene Meinung sind die des Autors und nicht der Candid Foundation

Dr. Asiem El Difraoui ist Politologe, hier eine Auswahl der relevanten Publikationen.

El Difraoui, A. (2021). Die Hydra des Dschihadismus - Entstehung, Ausbreitung und Abwehr einer globalen Gefahr. Berlin: Suhrkamp Verlag. [ISBN 978-3-518-42564-0](#)

El Difraoui, A., Trautmann, C., & Wiedl, N. (Hrsg.). (2021). Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit: Begleitbuch zum Qualifizierungslehrgang (Umfeld-)Beratung im Phänomenbereich islamistisch begründeter Extremismus (Beiträge zu Migration und Integration, 9). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ).

El Difraoui, A., Berges, C. (2022). Zur gleichen Zeit - Repression und Prävention von ganz oben: Emmanuel Macrons Umgang mit dem Islam in Frankreich. In: Ceylan, R., Kiefer, M. (eds). Der islamische Fundamentalismus im 21. Jahrhundert. Islam in der Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.

E Difraoui, A. (2021). Le djihadisme. In: Que-sais-je. Paris: Presses Universitaires de France (zweite Auflage)

El Difraoui, A. (2017). The role of culture in preventing and reducing violent extremism. In: moreeurope.org. ([Online abrufbar](#) PDF)

El Difraoui, A., Uhlmann, M. (2015). Prévention de la radicalisation et déradicalisation : les modèles allemand, britannique et danois. In: Institut français des relations

internationales (IFRI) (Hg.). Paris: Politique étrangère 2015/4 (Hiver), Justice pénale internationale : un bilan. [ISBN 978-2-36567-453-9](#)

El Difraoui, A. (2013). Al-Qaida par l'image: La prophétie du martyr. Paris: Presses Universitaires de France

El Difraoui, A. (2012). Jihad.de, Jihadistische Online-Propaganda: Empfehlungen für Gegenmaßnahmen in Deutschland. SWP-Studien 2012/S 05. ([Online abrufbar](#) PDF)

El Difraoui, A. (2013). Ein Neues Ägypten? Eine Reise durch ein Land im Aufruhr. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.